

# Sozialdemokratischer Pressediens

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Heinz Putzrath resümiert den Umgang mit dem 50. Jahrestag der Reichspogromnacht: Fühle sich niemand zum Gedenken verpflichtet.

Seite 1

Heinz Menzel MdB fordert, Konsequenzen aus der neuen Wohnungsnot zu ziehen: Sozialer Wohnungsbau und Wohngeldanpassung ein Gebot der Stunde.

Seite 3

### Dokumentation:

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Koschnick setzte sich auf einem Symposium aus Anlaß des 100. Geburtstages des jüdischen Arztes, Schriftstellers und Diplomaten Friedrich Wolf mit der Frage auseinander, warum dieser im Westen in Vergessenheit geriet. Auszüge aus seinem Vortrag

Seite 4

43. Jahrgang / 233

6. Dezember 1988

Fühle sich niemand zum Gedenken verpflichtet

Gedanken zum Umgang mit dem 50. Jahrestag der Reichspogromnacht

Von Heinz Putzrath

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS)

Die 50. Wiederkehr der Pogromnacht liegt hinter uns. Die unzähligen Reden, Artikel, Hör- und Fernsehprogramme, die sich mit dem Ereignis befaßten, hinterließen einen schalen Nachgeschmack. Natürlich mußte man diesem für Deutschland beschämenden Datum Aufmerksamkeit schenken. Das war man nicht nur den Juden schuldig. Eine Ignorierung war also nicht möglich, Erklärungen ohne Beschönigung, wie es dazu kam, waren ebenso gefragt wie ein Bekenntnis zur Verantwortung. Doch man wird das Gefühl nicht los, daß die inflationäre Behandlung des Themas oft eher einer Verpflichtung entsprach als einer echten Sensibilität für das Geschehen vor 50 Jahren. Zieht man Bilanz, so werden selbst Betroffene und andere Verfolgte wahrscheinlich zu dem Ergebnis kommen, daß hier des Guten zuviel getan wurde. Daher konnte es nicht ausbleiben, wenn einige offizielle Bekundungen des Gedenkens peinlich wirkten, besonders dann, wenn man sie mit einigen Entscheidungen auf kommunaler Ebene vergleicht.

Die Notwendigkeit, gerade solche Gedenktage würdig zu begehen, ist unumstritten. Aber Inhalt und Form müßten mit der heutigen Wirklichkeit in Einklang gebracht werden. Da kann schon die Sprache verräterisch sein, wenn der Wortschatz eindeutige Parallelen zum Jargon der Nationalsozialisten aufzeigt,

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressediens GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12.04.08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreislaufvermerk  
nur verworfen  
Recycling-Papier



deren politische und rassische Opfer gerade Gegenstand des Gedenkens sind. Das mag dem Einzelnen nicht bewußt sein, doch ist es von der politischen Praxis nicht zu trennen.

Gedenkt man Ereignissen, wie kürzlich der Pogromnacht am 9. November 1938, dann dürfen sie weder isoliert betrachtet werden noch im Widerspruch zum politischen Alltag stehen. Anders ausgedrückt, wer die Verfolgung und Diskriminierung von Minderheiten im Dritten Reich bei feierlichen Anlässen mit großem Pathos verurteilt, darf nicht heute das Ausgrenzen von solchen und anderen Gruppen befürworten oder dulden. Sonst wird die freie Gesellschaft, in der wir leben, unglaublich und dann wird es unmöglich sein, der jüngeren Generation das Entstehen des Nationalsozialismus und seine Untaten und Folgen begreiflich zu machen.

Und gerade hier müßten wir doch ansetzen. Man kann es immer wieder beobachten: Erfahrung kann man nicht vermitteln. Wer nicht den totalitären Überwachungsstaat, seine perfekte Unterdrückungsmaschinerie, die geringe Chance des Widerstand in der Hitlerdiktatur erlebt hat, muß es schwer haben, dies nachzuvollziehen. Somit müssen die Zusammenhänge zwischen einzelnen Gedenktagen, ihrem Anlaß und der Entwicklung, die dazu geführt hat, erklärt werden. Damit muß bereits in der Schule begonnen werden, dieses Kapitel unserer Geschichte so anschaulich wie möglich zu machen. Erst die Kenntnis kann zum Verstehen und das Verständnis zur Erinnerung führen. Es wird wichtig bleiben, Dokumentationszentren, Mahnmale und andere Gedenkstätten zu erhalten oder zu errichten. Sie haben nicht nur Erinnerungswert, sondern können als Brücke zwischen den Generationen und ihrer unterschiedlichen Geschichte symbolhaft dienen.

Wir feiern demnächst das 40jährige Bestehen des Grundgesetzes. Da wird man fragen müssen, was für Lehren man aus der Vergangenheit gezogen hat. Da wird man auch Rechenschaft ablegen müssen, wie wir die Täter und die Opfer des NS-Regimes behandelt haben. Es werden Fragen gestellt werden müssen, ob das „Nie wieder“, das die Richtschnur des Grundgesetzes bestimmt, zu einem wirklich neuen demokratischen Bewußtsein geführt hat. An Gedenkveranstaltungen und feierlichen Reden wird es nicht fehlen. Doch wird man andere Normen finden müssen, um Glaubwürdigkeit zu fördern. Die Errungenschaften unseres Staates sollen durchaus gewürdigt werden, aber ebenso das, was nach den schlimmen Erfahrungen des Dritten Reiches in der Bundesrepublik alles verdrängt, verharmlost und unterlassen wurde. Nur so werden wir der Geschichte gerecht werden, nur so kann man den Schlußpunktideologen entgegentreten, nur so wird das Gedenken nicht eine Pflichtübung und ein Abhaken vergangener Ereignisse sein, sondern vielmehr ein Nachdenken über die Verantwortung und Aufgaben einer demokratischen Gesellschaft in der Zukunft.

(-/6.12.1988/vc-he/rs)

\* \* \*

Die neue Wohnungsnot darf nicht hingenommen werden

Sozialer Wohnungsbau und Wohngeldanpassung ein Gebot der Stunde

Von Heinz Menzel MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Den Wohnungswirtschaftlern und Kommunalpolitikern von Konstanz bis Flensburg ist lange bekannt, daß sich in der Bundesrepublik Deutschland eine neue Wohnungsnot ausbreitet. Im Bundesbauministerium wurde diese Tatsache entweder wie ein Staatsgeheimnis gehütet, ignoriert oder die Entwicklung vom Minister ganz einfach nicht zur Kenntnis genommen.

Nunmehr hat es ihm der Kabinettskollege und Parteifreund Zimmermann schwarz auf weiß präsentiert: Daß eine Million Wohnungen in der Bundesrepublik Deutschland weniger vorhanden sind als die fortgeschriebenen Papierzahlen, mit denen der Wohnungsbauminister immer hantierte. Ursache ist die Tatsache, daß seitdem CDU und FDP politische Verantwortung für die Wohnungspolitik tragen die Wohnungsbauzahlen insbesondere für den Mietwohnungsbau ständig zurückgegangen sind. Der Bund hat sich seit 1983 ganz aus der Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus verabschiedet. Damit ist auch das Argument des Wohnungsbauministers Schneider, daß die Wohnungsprobleme im Grunde nur durch den verstärkten Zustrom von Spätaussiedlern entstanden seien, wie ein Kartenhaus zusammengefallen.

Falsch sind deswegen auch die von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen. Sie glaubt, durch ein Spätaussiedler-Programm in Höhe von 750 Millionen DM über drei Jahre das Problem beheben zu können. Notwendig ist jedoch die unverzügliche Wiederaufnahme der Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus, wenn sich die Wohnungssituation in der Bundesrepublik Deutschland nicht zu einer Katastrophe entwickeln soll.

In unmittelbarem Zusammenhang damit steht die Mietentwicklung. Die Mieten stehen in den letzten Jahren immer an der Spitze der Preissteigerungsraten. Sie machten in den letzten Jahren das Zehnfache der allgemeinen Preissteigerungsrate aus. Diese Entwicklung wird sich weiter verschärfen. Der Deutsche Mieterbund hat innerhalb der vergangenen zwölf Monate Mieterhöhungen bei Neuvermietungen von zehn bis 15 Prozent registriert. Bei frei vereinbarten Mietsätzen lag die Steigerung je nach Region und Wohnungsgröße sogar bei 20 bis 30 Prozent.

Der Wohnungsbauminister glaubt, allein durch das Wohngeld jeder Familie noch das Wohnen in einer familiengerechten Wohnung ermöglichen zu können. Schon die letzte Anpassung des Wohngeldes am 1. Januar 1986 war unzureichend. Der Anteil der Haushalte mit einer Miete über dem anrechenbaren Höchstbetrag lag schon damals bei 30,5 Prozent. Für diese hat sich in den letzten Jahren die Situation noch weiter verschärft.

Soll den Mietern auch weiterhin der Bezug einer familiengerechten Wohnung ermöglicht werden, ist deshalb die Anhebung des Wohngeldes dringend erforderlich. Die Bundesregierung hat dazu eine günstige Gelegenheit. Das Parlament hat sie verpflichtet, eine Vereinfachung der Wohngeldzahlung für Sozialhilfeempfänger und Bezieher von Kriegsofferten herbeizuführen. Die erforderliche Novellierung des Wohngeldgesetzes sollte sich nicht nur auf diese Vereinfachung beschränken, sondern damit auch die dringend notwendige Anpassung des Wohngeldes an die gestiegenen Mieten vorgenommen werden.

(-/6.12.1988/vo-he/rs)

DOKUMENTATIONHans Koschnick: Warum geriet Friedrich Wolf in Vergessenheit?

Der SPD-Politiker Hans Koschnick setzte sich am Wochenende auf einem internationalen Symposium in Neuwied mit der Frage auseinander, warum der vor hundert Jahren in dieser Stadt geborene jüdische Arzt, Schriftsteller und Diplomat Friedrich Wolf der nach Emigrationsjahren in der Sowjetunion nach dem Krieg in den Osten Deutschlands ging, im Westen in Vergessenheit geriet. Wir dokumentieren aus Koschnicks Referat, das den Titel „Friedrich Wolf - Zum Umgang mit einem antifaschistischen Erbe“ trägt, Passagen, in denen die Gründe für das Unterbleiben der Wolf-Rezeption in der Bundesrepublik auf dem Hintergrund der Nachkriegsbedingungen und des deutsch-deutschen Verhältnisses analysiert werden. Zugleich spannt Koschnick dazu einen Bogen vom „humanistischen Erbe“ zum Dialog von SPD und SED, den er einen „bemerkenswerten Neuanfang“ nennt, „im gemeinsamen Wettbewerb um die bessere Verwirklichung eben dieses humanistischen Erbes, auf das wir uns beide berufen und das nachweisbar auch das Denken und Handeln“ von Friedrich Wolf „bestimmt hat“.

Läßt sich erklären, warum dieser Mann, der jüdische Arzt, Schriftsteller und Kommunist Friedrich Wolf hier im Westen so lange in Vergessenheit geriet?

Generell läßt sich sagen, daß man sich hier in der Bundesrepublik nur wenig mit jenen Schriftstellern und Dichtern befaßt hat, die während des Dritten Reiches gegen das nationalsozialistische Regime Widerstand leisteten, die ins Exil flüchten mußten oder gar ihr Leben ließen. Ja, die Gebrüder Mann, Bertolt Brecht, Carl Zuckmayer waren präsent, auch besonders ausgeprägte Einzelschicksale - etwa das tragische Ende von Ernst Toller oder Stefan Zweig - waren Gegenstand öffentlicher Betrachtung, doch wurde die Exilliteratur in ihrer Gesamtheit wenig beachtet... Es gehört sicherlich mit zu den negativsten Auswirkungen des Kalten Krieges, daß es in der Bundesrepublik eine eigenständige Beschäftigung mit Breitenwirkung über Exilliteratur, Widerstandsliteratur oder Literatur über den Widerstand nach 1945 kaum gab.

Gewiß, Eugen Kogons „SS-Staat“, Dokumentationen zur „Weißen Rose“ oder zum „20. Juli“ fanden Verbreitung und auch Annedore Lebers „Aufstand des Gewissens“ hatte seine Bedeutung, doch in der Sorgfalt, Akribie und großen Breite ist der Widerstand bei uns längst nicht in dem Maße aufgearbeitet worden, wie das in der DDR geschah. Dabei ist es müßig, über die Schwerpunkte zu richten, die bei dieser Aufgabe dort gesetzt worden sind, sondern es bleibt vielmehr festzuhalten, daß dieser Teil schwieriger deutscher Geschichte lange Zeit im Westen mehr beiläufig und vereinzelt als gezielt und politisch gewollt aufgearbeitet wurde. Dabei sind etwa 2.500 deutschsprachige Schriftstellerinnen und Schriftsteller aus rassischen und/oder politischen Gründen von den Nazis vertrieben worden oder gingen ins Exil, weil sie unter diesem Terrorregime nicht arbeiten, nicht leben konnten oder wollten.

Die Studentenbewegung der 60er Jahre brachte dann eine größere Öffentlichkeit dazu, sich mit den Fragen des „Warum“ zu beschäftigen, erweckte ein neues ideologisches und zum Teil historisches Bewußtsein, das nach geschichtlichen Entwicklungen Ausschau hielt und sich mit der Vergangenheit der Väter auseinandersetzen wollte. Wenn auch mit dem Begriff Faschismus häufig polemisch und inflationär umgegangen wurde, so gab es doch auch Ansätze, sich mit dem historisch konkreten Nationalsozialismus 33-39 in Deutschland beziehungsweise den Möglichkeiten seiner Herausbildung und Entwicklung zwischen 1918 und 1933 kritisch zu beschäftigen.

Wie schwierig es aber für die breite Öffentlichkeit, insbesondere der Generation der Väter und Mütter war und wurde, sich selbstkritisch mit jener Zeit auseinanderzusetzen oder sich vor kritische Fragen gestellt zu sehen und auch die Phase der Nachkriegsperiode bewußt aufzuarbeiten, erlebten wir in der Bundesrepublik in der Zeit der Auseinandersetzung um die Ostverträge und den Grundlagenvertrag mit der DDR. Da wurde es unausweichlich und unvermeidbar, gründlicher über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft nachzudenken und es zeigte sich, daß viele noch lange Zeit in den Vorurteilen und Klischees von gestern verhaftet geblieben waren. Das galt übrigens auf beiden Seiten...

Wenn wir auf die Gegenwart sehen, sollten wir auch bei aller Zufriedenheit über sich abzeichnende positive Entwicklungen im Verhältnis beider deutscher Staaten realistisch bleiben. Das gilt auch für die Bedeutung der Gespräche zwischen wichtigen Vertretern der SPD und SED. Der Versuch,

in diesem Dialog neue Wege zu eröffnen und sie vorurteilsfreier zu gestalten, wie es im gemeinsamen Text der Grundwertekommission der SPD und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED zum Thema „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ skizziert ist, hat auf beiden Seiten nicht nur Zustimmung gefunden, denn nicht allzu wenige mußten und müssen umdenken, statt weiterhin getreulich nachbeten zu können, was zum Rüstzeug ihrer bisherigen politischen Bildung gehörte. Wer gibt schon gerne auf, was für so lange Zeit als gesicherte Erkenntnis und Überzeugung galt! Dies führt mich zu einem weiteren Punkt, der bei der Nichtbeachtung Friedrich Wolfs im Westen sicherlich auch von Bedeutung war und über die schon skizzierten allgemeinen Schwierigkeiten bei der Befassung mit der eigenen Geschichte hinaus eine besondere Rolle spielt im Verhältnis zwischen den unterschiedlichen Systemen in West und Ost und insbesondere zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien.

Im Dialog-Papier heißt es dazu: „Sozialdemokraten und Kommunisten berufen sich beide auf das humanistische Erbe Europas. Beide nehmen für sich in Anspruch, dieses Erbe weiterzutragen, den Interessen der arbeitenden Menschen verpflichtet zu sein, Demokratie und Menschenrechte zu verwirklichen. Aber sie bleiben seit sieben Jahrzehnten in bitterem Streit darüber, in welcher Weise dies zu geschehen hat.“ Dies weist auf ein weiteres Datum hin, das für das Verständnis, den Umgang - und hier geht es dann auch um den Umgang mit dem antinationalsozialistischen Erbe - und die Beziehung zwischen den beiden Parteien, die sich aus der Arbeiterbewegung entwickelt haben, von großer Bedeutung ist. Der 9. November 1918 markiert mit der Ausrufung der Deutschen Republik durch den Sozialdemokraten Philipp Scheidemann und der Proklamation einer freien, sozialistischen Republik durch Karl Liebknecht, die er mit der Forderung nach einem Ratesystem verband, die unterschiedlichen Vorstellungen vom konkreten Weg in die Zukunft.

Hier offenbart sich ein grundlegender Gegensatz. Während wir Sozialdemokraten den bisherigen Obrigkeitsstaat auf dem Wege eines parlamentarisch-demokratischen Verfassungsstaates überwinden und dabei die 1848/49 gescheiterte Revolution vollenden wollten, vertraten der Spartakusbund und die von ihm später maßgeblich begründete Kommunistische Partei Deutschlands die Idee des Räte- oder Sowjetsystems, das sich am Anfang der Diktatur des Proletariats bedienen wollte. Das Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie und zur rechtstaatlichen Ordnung beinhaltet - marxistisch gesprochen - die Bereitschaft zum Klassenkompromiß, für uns Sozialdemokraten die Bejahung des gesellschaftspolitischen Pluralismus...

Diese und andere Grundsätze trennten und trennen die Kommunisten und Sozialdemokraten schon seit Beginn der Weimarer Republik.

Erinnern wir uns doch: Die Ereignisse der bolschewistischen Oktoberrevolution in Rußland führten bei nicht geringen Teilen der deutschen Bevölkerung zu einer Aktivierung eines latent vorhandenen antirevolutionären Unterbewußtseins, das seine Ängste aus der Zeit der Schreckensherrschaft der französischen Revolution speist. Diese Gefühle und Ängste nutzten dann die Nationalsozialisten schon lange vor 1934 und besonders nach ihrer „Machtergreifung“ zu einer beispiellosen anti-bolschewistischen Hetze, um dadurch die Zustimmung bürgerlicher Schichten für sich zu gewinnen. Unbestrittene und folgenschwere Fehler der KPD in der praktischen Politik während der Weimarer Republik erleichtern den Nationalsozialisten diese Politik.

Doch was 1945 mit dem Untergang des NS-Systems überwunden zu sein scheint, erlebt bald eine Wiedergeburt. Im Westen wird in der Zeit des Kalten Krieges an diese Gefühle erfolgreich wieder angeknüpft und ein bewußt geschürter Antikommunismus als politische Agitationskraft eingesetzt. Diese Anknüpfung wird erleichtert durch das, was Sozialdemokraten und bürgerliche Demokraten in der SBZ beziehungsweise DDR erleiden, die sich gegen die durch Stalin erzwungene Ausrichtung in der staats- und gesellschaftspolitischen Entwicklung wehren. Auf diesem Hintergrund wurde bei uns häufig verdrängt, was eigentlich im Widerstandskampf in der Nazi-Zeit auch und gerade von kommunistischen Intellektuellen geleistet worden ist, um humanen Wertbezügen einen dauernden Bestand zu sichern. Friedrich Wolf war einer von ihnen.

Der frühe Kampf der Kommunisten gegen rechts-autoritäre Entwicklungen, ihr internationaler Kampf gegen den sich in Italien etablierenden Faschismus, gegen die militaristisch-klerikal-faschistischen Strömungen in Europa und insbesondere gegen den Nationalsozialismus war beachtlich. Doch verbanden sie diesen Kampf in Deutschland mit ihren Auseinandersetzungen gegen die SPD, in der sie lange Zeit eine stärkere Gefahr sahen als im Gegner NSDAP. Ihre damalige Einschätzung:

„Nach Hitler kommen wir“ gehört zu den großen Fehleinschätzungen in der Tagespolitik. Ich sage dies nicht, um billige Schuldzuweisungen zu treffen, denn es ist ebenso bekannt, daß es auch auf Seiten der SPD und der demokratisch-republikanischen Kräfte zu erheblichen Fehleinschätzungen kam. Das „mea culpa“ gehört für uns alle zu den Lehren aus dieser schrecklichen Zeit.

Ich denke nur, es ist notwendig, auch auf diese Entwicklungen zu verweisen, um verständlicher zu machen, warum es im Westen nicht nur im bürgerlichen und konservativen Lager eine Auseinandersetzung mit dem antifaschistischen Erbe ausgewiesener kommunistischer intellektueller nicht hinreichend gab. Es gab über viele Jahre hinweg wenig Aufnahmebereitschaft und Akzeptanz für die Vertreter antifaschistischen Widerstands, die in der DDR hohe Wertschätzung und Anerkennung genossen. Die selektive Wahrnehmung galt übrigens nicht nur für diesen Teil Deutschlands: mit anderen Akzenten wurden nichtkommunistische Widerstandshandlungen - wie etwa die vom 20. Juli 1944 - in den ersten Jahrzehnten der DDR recht einseitig relativiert. Das hat sich auf beiden Seiten endlich geändert. Es war nicht zuletzt die Entspannungspolitik in den siebziger Jahren, die zu ersten Entkrampfungen führte.

Daß wir heute hier zusammen sind, um eines großen Sohnes dieser Stadt Neuwied, der vor 100 Jahren geboren wurde, Friedrich Wolfs, gemeinsam zu gedenken; Wissenschaftler und Politiker aus West und Ost, aus vielen Staaten, in denen das Werk Friedrich Wolfs Verbreitung und Anerkennung gefunden hat, zeigt auch, daß wir weitere Fortschritte sowohl zwischen den Staaten der unterschiedlichen Gesellschaftsordnung, als auch zwischen den kommunistischen Parteien im Osten und den demokratischen Parteien im Westen erleben. Wenn sich 70 Jahre nach der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung Vertreter von SPD und SED über Grundfragen des ideologischen Streits und über die künftigen Formen der Austragung dieses Streits zu verständigen suchen, dann scheint mir dies ein bemerkenswerter Neuanfang zu sein, im gemeinsamen Wettbewerb um die bessere Verwirklichung eben dieses humanistischen Erbes, auf das wir uns beide berufen und das nachweisbar auch das Denken und Handeln eben jenes Arztes, Schriftstellers und Politikers bestimmt hat, den wir heute kritisch ehren...

Für mich persönlich - auch wegen meiner Familiengeschichte - war die Beschäftigung mit dem Lebenswerk von Friedrich Wolf jedenfalls ein weiterer Schritt vorwärts zur Bewahrung eines hervorragenden Erbes antifaschistischen Widerstandes.

(-/6.12.1988/vo-he/rs)

\* \* \*